

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Industrialisierung in Osteuropa

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1954) : Industrialisierung in Osteuropa, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 34, Iss. 4, pp. 214-219

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131883>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Österreich: Industrie 1953

Industrialisierung in Osteuropa

Von einem Sonderberichterstatter

Mit der Bekanntgabe des polnischen Wirtschaftsprogramms schließt sich der Kreis der im sowjetischen Machtbereich veröffentlichten Bekanntmachungen, Gesetze und Verordnungen zur Einführung des neuen Kurses. Er begann im vergangenen Sommer in Ostdeutschland und wurde Ende letzten Jahres durch die Programmrede des polnischen Ministerpräsidenten Bierut zum vorläufigen Abschluß gebracht. Die Gründe für Polens Zögern, den neuen Kurs einzuschlagen, können nur vermutet werden. Sie sind höchstwahrscheinlich in gewissen Besonderheiten zu suchen, die dem politischen Bild Ostdeutschlands und Ungarns fehlen. Polen, das in den westlichen Teilen des Landes ehemaligen deutschen Großgrundbesitz in Staatsgüter umgewandelt hatte, waren viele der Schwierigkeiten erspart geblieben, unter denen Einzelbauern im Zuge der Kollektivierung zu leiden haben. Das heißt freilich nicht, daß die ländliche Bevölkerung Polens dem gegenwärtigen Regime günstiger gesonnen ist, als das in anderen Teilen Osteuropas der Fall ist. Anfang vorigen Jahres erlitt aber die organisierte Opposition durch eine Reihe von Verhaftungen einen größeren Rückschlag. Demgegenüber war die Opposition in und außerhalb der kommunistischen Partei in den anderen Ländern Osteuropas relativ intakt, als nach Stalins Tod die neuen Männer in der Sowjetunion Zeichen der Unentschiedenheit zeigten.

INDUSTRIELLE GRUNDLAGE

Im Gegensatz zu landläufigen Vorstellungen stehen den Ländern Osteuropas in ihren Nachkriegsgrenzen gewisse Hilfsquellen zur Verfügung, ohne die eine Industrialisierung undenkbar ist. Das gilt insbesondere für Steinkohle in der Tschechoslowakei und Polen, Braunkohle in Ostdeutschland, Öl in Rumänien und Elektrizität in sämtlichen Industrieländern des Ostens. Während aber die Strom- und Brennstoffgrundlage breit ist, sind die Vorkommen von Eisen- und NE-Metallerzen unzureichend. Ungarn verfügt zwar über ausgedehnte Vorkommen an Bauxit, dem Rohstoff der Aluminiumindustrien, aber die Eisen- und Stahlwerke sind auf die Beschaffung von mehreren Millionen Tonnen Eisenerz aus Gebieten außerhalb Osteuropas angewiesen. Infolge des Mangels an Eisen und anderen Industrierohstoffen, wie z. B. wichtiger Nichteisenerze und Textilfasern, hängen die Industrien Osteuropas von der unsicheren wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion ab. Gegenüber dem Vorkriegsstand hat die Erzeugung von elektrischer Energie und Brennstoffen sowie von Eisen und Stahl um etwa 50% zugenommen. Obgleich das beträchtlich weniger ist, als man auf Grund amtlicher Produktionsindices annehmen würde, stellt es einen beachtlichen Erfolg dar. Falls weitere Fortschritte in etwa gleichem Tempo erzielt würden,

dürfte sich Osteuropa in nicht allzu ferner Zukunft von einem überwiegend agrarischen in ein überwiegend industrielles Gebiet verwandeln. Bis vor wenigen Monaten wurde die Grundstoffherzeugung hauptsächlich in der Investitions- und Schwerindustrie eingesetzt, aber unter anderen Umständen könnte sie sehr wohl die Grundlage einer ausgeglicheneren Wirtschaft bilden, die auf den Weltmärkten für Produktions- und Konsumgüter sogar zu einem Konkurrenten Westeuropas werden könnte.

Grundstoffproduktion in Osteuropa

Erzeugnis	Ostdeutschland		Osteuropa	
	Vorkriegsstand	1952	(einschl. Ostdeutschland)	Vorkriegsstand 1952
	(in Mill. t)			
Steinkohle	3,5	3,0	91,0	109,5
Braunkohle	120,0	158,5	153,5	222,5
Öl	1,0	1,5	11,0 ¹⁾	10,0 ¹⁾
Elektrizität ²⁾	14,5	23,0	29,0	55,0
Eisenerze	0,5	1,0	3,5	5,0
Roheisen	0,5	0,5	3,5	6,0
Rohstahl	1,5	1,5	7,0	10,5
Walzstahl	1,5	1,5	5,0	7,5
	(in kg pro Kopf)			
Steinkohle	210	160	1 065	1 195
Braunkohle	7 275	8 580	1 800	2 430
Öl	60	80	120 ³⁾	100 ³⁾
Elektrizität ⁴⁾	880	1 245	340	600
Eisenerze	30	55	45	50
Roheisen	30	25	40	65
Rohstahl	90	80	85	115
Walzstahl	90	80	60	80

¹⁾ Einschließlich der sowjetisch kontrollierten Ölproduktion Österreichs; ²⁾ Mrd. kWh; ³⁾ Einschließlich österreichischer Bevölkerung; ⁴⁾ kWh.
Quellen: Offizielle Angaben.

Die Pläne gehen freilich weit über das tatsächlich Erreichte hinaus. In mehreren Ländern Osteuropas, insbesondere in Ostdeutschland, in der Tschechoslowakei und in Polen, und in verschiedenen wichtigen Industriezweigen wie der Erdöl- und Kohlenförderung sowie im Schwermaschinenbau ist das Soll nicht erfüllt worden. Noch deutlicher ist das Versagen in der Leicht- und Konsumgüterindustrie gewesen. Oftmals lag der Grund darin, daß sowohl der Plan wie seine Ausführung fehlerhaft waren. In den letzten Monaten ist das deutlich geworden, als das Schwergewicht der Planung verlagert wurde und ein kommunistischer Führer nach dem anderen sich veranlaßt sah, Fehler in der Abfassung und Durchführung industrieller Planung zuzugeben. In ganz Osteuropa sind Geständnisse und Zugeständnisse sowie Kritik und Selbstkritik in jüngster Zeit so häufig gehört worden, daß zuweilen der Eindruck eines völligen Versagens der wirtschaftlichen Planung entstanden ist. Nichts wäre unrichtiger als eine solche Vorstellung. Wenn auch feststeht, daß ernste Fehler zugegeben und bis zu einem gewissen Grade abgestellt worden sind, so dürfen doch die Geständnisse, wenn sie auch laut genug gemacht worden sind, nicht die Vorstellung einer völlig fehlgeleiteten Wirtschaft erwecken.

Obgleich Rußland in Osteuropa gewisse Rückschläge und Enttäuschungen erlitten hat, hat es doch im

ganzen erreicht, was es sich vorgenommen hatte, nämlich die enge Verschmelzung und wirksame Gleichschaltung der Wirtschaften Osteuropas. Wenn man die kurze Zeit in Betracht zieht, die Rußland zur Verfügung gehabt hat, so hat es in seinem Bemühen, seiner osteuropäischen Einflußsphäre sein eigenes Wirtschaftssystem aufzuzwingen, bemerkenswerte Erfolge gehabt. In dem gesamten Gebiet wird jetzt alle Planung einheitlich durchgeführt, in der Regel durch staatliche Planungsämter. Während die Wiederaufbauprogramme der ersten Nachkriegsjahre bedeutende nationale Unterschiede aufwiesen, ist ein überraschendes Maß an Gleichförmigkeit erreicht worden, seit die Wirtschaftsplanung in den Jahren 1949/50 umgestaltet wurde. Die Pläne, die in den meisten Fällen Fünfjahrespläne sind und gleichzeitig mit den russischen Fünfjahresplänen zum Abschluß kommen, zeigen die gleichen Zielsetzungen wie die russische Planung. Die der Planung zugrunde liegende politische Konzeption verlangt Industrialisierung, Sozialisierung und Kollektivierung. Von Anfang an wurden die Entwicklung der Grundstoffindustrien und die Abschaffung von Privatunternehmungen in Stadt und Land in den Vordergrund gestellt. Das Programm wurde rücksichtslos durchgeführt. Weniger drastische Maßnahmen wären auf kurze Sicht weniger kostspielig gewesen, doch hätten sie möglicherweise auf lange Sicht die politischen Ziele des Kommunismus aufs Spiel gesetzt. Politischen Überlegungen wurde daher vor wirtschaftlichen Zweckmäßigkeiten der Vorrang gegeben. Die unnütze Verschwendung an Aufwand und Hilfsquellen ist das Ergebnis dieser Dringlichkeitsordnung.

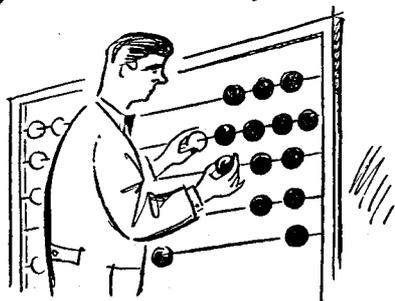
WIRTSCHAFTLICHE GLEICHSCHALTUNG
 Manche Beobachter haben unterstellt, daß alle Planung in Osteuropa von Moskau gleichgeschaltet, wenn nicht diktiert worden sei. So einfach liegen die Dinge allerdings nicht. Rußland hat eher an der politischen Direktive als an der Ausführung im einzelnen aktives Interesse genommen. Wirtschaftliche Planung ist in erster Linie von Überlegungen bestimmt wie etwa der Priorität, die der Schaffung eines breiten Industrie proletariats und der Ausmerzungen der Reste städtischer und ländlicher Bourgeoisie beigemessen wird. Infolgedessen wurden in allen Wirtschaftsplänen die Entwicklung der Schwerindustrie, die Schaffung landwirtschaftlicher Kollektive und die Sozialisierung privater Unternehmen besonders gefördert. Die in den Jahren 1949 und 1950 in Angriff genommenen Pläne waren besonders diesen Aufgaben vorbehalten. Genau wie in der Sowjetunion war die Planung auf Investition und Produktion gerichtet, während Fragen wie die Beschäftigung in der Industrie und auf dem Lande, oder das Ausmaß des Inlandsverbrauchs und des Außenhandels in ziemlich oberflächlicher Art und Weise behandelt wurden. Alle Pläne hatten gewisse Einzelheiten gemeinsam. In allen Ländern wurde der Schaffung und Ausdehnung der Grundstoffindustrien der erste Platz eingeräumt. Von den gesamten Bruttoinvestitionen, auf die ein Fünftel bis ein Viertel des Sozialprodukts entfiel, wurden mindestens 40 % für die Industrie reserviert, während für Landwirtschaft und Verkehrswesen kaum 15 bzw. 20 % verblieben. Der Wohnungsbau wurde in ähnlicher Weise benachteiligt, und die Herstellung von Konsumgütern wurde

Es geht viel einfacher mit einer

Diehl



RECHENMASCHINE

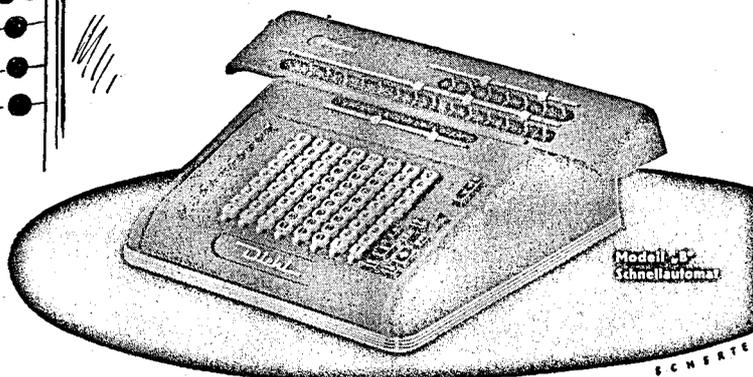


Mit ihr bewältigen Sie alle vorkommenden Rechenarten schnell und mühelos. Die Bedienung ist durch eine übersichtliche Anordnung der Tasten mit einer Hand möglich.

- Elegante, flache Form
- Besonders leichter Tastenanschlag
- Elektrische Einzel- und Gesamtlösung der Rechenwerke in jeder Stellung
- Automatischer Wagenrücklauf
- Automatische Division und Minusdivision
- Automatisch verkürzte Multiplikation

Das sind einige wesentliche Merkmale.

Lassen Sie sich diese Rechenmaschine unverbindlich von unserem Kundendienst vorführen. Prospekte erhalten Sie gerne von der



**HEINRICH DIEHL G. M. B. H. RECHENMASCHINENFABRIK
 NÜRNBERG - STEPHANSTRASSE 49 - SAMMELRUF: 49 11**

absichtlich vernachlässigt. Wie der europäische Wirtschaftsbericht vom Vorjahr¹⁾ zum Ausdruck gebracht hat, war der Ministerpräsident der Tschechoslowakei, Zapotocky, anlässlich der Einführung des Fünfjahresplanes im Jahre 1949 darum bemüht, „alle eingewurzelten Illusionen, daß eine Hebung des Lebensstandards als notwendige Folge oder gar Voraussetzung der erfolgreichen Durchführung des Plans anzusehen sei, zu zerstören“. Noch überraschender als die Vernachlässigung der industriellen Verbrauchsgüterproduktion war die Vernachlässigung der Landwirtschaft, die von altersher für die meisten Menschen in Osteuropa die Lebensgrundlage darstellt.

Als sich die Beziehungen zwischen Ost und West verschlechterten, wurden auf sowjetische Anregung die Pläne für die Hauptindustrieländer Osteuropas einer Revision unterzogen. Im gesamten Gebiet wurden die Investitions- und Produktionsziele erheblich weiter gesteckt, insbesondere in bezug auf Kapital- und andere Produktionsgüter. Die Planziffern für die Schwerindustrie wurden um das Zwei- bis Dreifache der in der Leichtindustrie erwarteten Erzeugung erhöht; für Eisen, Stahl und Maschinenbau wurden sie um 50 % und mehr heraufgesetzt. Gleichzeitig wandten die Länder Osteuropas zum ersten Male einen großen Teil ihrer Haushaltsausgaben auf die Wiederaufrüstung. Die Revisionen zeigten wiederum verwandte Züge und die richtungweisende Hand Sowjetrußlands. Zugleich war die „Komekon“, der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, ins Leben gerufen worden, die als Clearinghaus und Kontrollorgan dienen sollte. Bis zum Jahre 1950 waren alle Länder Osteuropas Mitglieder dieser Organisation geworden. Die Wirksamkeit der „Komekon“, die sich im großen ganzen auf eine Kontrolle auf dem Umwege über den Außenhandel beschränkt, ist oft übertrieben worden; es kann jedoch keinen Zweifel über den Einfluß geben, den sie auf die eigenstaatliche Planung in Osteuropa ausübt.

Während sich anfangs alle Länder Osteuropas unabhängig von ihren wirtschaftlichen Voraussetzungen darauf konzentrierten, Grundstoff- und Schwerindustrien aufzubauen, wurde später ein gewisses Maß von Spezialisierung angestrebt. So sollte z. B. Ostdeutschland, das über gelernte Arbeiter und Erfahrung verfügt, schwere elektrische Ausrüstungen und schwere Werkzeugmaschinen erzeugen. Polen konzentrierte sich auf Kosten Ostdeutschlands auf die Herstellung von Eisenbahnwagen, während der Tschechoslowakei und Ungarn die Aufgabe übertragen wurde, Produkte des Schwer- und Leichtmaschinenbaus zu liefern. Zwar wurden einige Versuche übernationaler Planung gemacht, wie etwa die Schaffung eines Industriekombinats im polnisch-tschechischen Grenzgebiet, aber das Hauptgewicht lag bei der auf nationalen Schwerindustrien aufgebauten Spezialisierung. Auf diese Weise ist das sowjetische Einflußgebiet mit einem gut eingespielten Industrie- und Rüstungspotential versehen worden, wie es noch vor ein paar Jahren als unerreichbar angesehen wurde. 1953 erreichte die Brennstoff- und Elektrizitätserzeugung Ost-

¹⁾ Economic Survey of Europe, Genf 1953.

europas (pro Kopf der Bevölkerung) den Stand der Sowjetunion; die Pro-Kopf-Produktion von Eisen und Stahl war allerdings nur halb so groß wie in der Sowjetunion. Die Versorgung mit Erzeugnissen der Schwerindustrie war ebenfalls geringer.

Volkseinkommen und Industrieproduktion

Jahr	Ost-	Osteuropa	Ost-	Osteuropa
	deutschland	o. Ostdeutschl.	deutschland	ohne Ostdeutschl.
	(1948 = 100)		(jährliche Zuwachsrate in %)	
Volkseinkommen				
1949	129	112	29	12
1950	159	129	23	15
1951	175	147	10	14
1952	192	163	10	12
Industrieproduktion				
1949	120	125	20	25
1950	151	156	26	25
1951	184	192	22	22
1952	214	233	16	20
1953	242	263	13	13

Quellen: Offizielle Angaben.

RUSSISCHE ANLEITUNG

Die Methoden, die in nur wenigen Jahren zur Schaffung des osteuropäischen Industriepotentials geführt haben, gleichen einander ebenso wie die Ergebnisse, die sie gezeitigt haben. Währungsreform und Budgetgestaltung, Preismanipulierung und Rationierung, Lohndifferenzierung und Arbeitsnormung sind nur einige der vielen Mittel, mit deren Hilfe die Wirtschaftspolitik in Osteuropa zum Erfolg geführt worden ist. Hier wie auch anderswo hat Sowjetrußland das Schema geliefert. Die Beseitigung von Kriegersparnissen und die Benachteiligung der Reste städtischer und ländlicher Bourgeoisie wurden in der Sowjetunion durch die Währungsreform von 1947 erreicht. Inzwischen sind ähnliche finanzielle Maßnahmen in fast allen Ländern Osteuropas durchgeführt worden. Das System der gespaltenen Märkte und Preise, das sich unter den Bedingungen akuten Mangels herausgebildet hatte, wurde auch in Osteuropa eingeführt; soweit als möglich wurde es aber durch ein System der Rationierung durch den Geldbeutel und der Entlohnung nach der Leistung ersetzt. Ungleichheit ist ein wichtiges Werkzeug russischer Wirtschaftsplanung; Gleichmacherei hingegen wird als ein Überbleibsel aus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung angesehen.

Abgesehen von indirekten Maßnahmen gibt es eine ganze Reihe von Fällen, in denen Rußland direkt in die Wirtschaft Osteuropas eingegriffen hat. Am Ende des Krieges versuchte die Sowjetunion verständlicherweise, für die Schäden, die ihrer Industrie und Landwirtschaft zugefügt worden waren, so schnell wie möglich Wiedergutmachungszahlungen zu erhalten. Die Reparationen, die den ehemaligen Feindländern auferlegt wurden, überstiegen aber die international festgesetzten Beträge erheblich. Hinzu kam, daß in großem Umfang Requirierungen vorgenommen wurden. Die Entnahmen Sowjetrußlands aus dem ehemals deutschen Gebiet, das unter polnische Verwaltung fiel, wurden von Bierut, der seinerzeit Präsident der vorläufigen Regierung war, auf 500 Mill. \$ geschätzt. Andere Formen direkten Eingriffs der Sowjetunion in die Wirtschaftsangelegenheiten Osteuropas



GOLDGRABE & SCHEFT · BREMEN

Baden-Baden, Berlin, Essen-Werden, Frankfurt/M., München

Seit mehr als 40 Jahren »WISURA« Schmiermittel für hohe Leistungen

sind viel nachhaltiger und daher auch viel schwerwiegender gewesen. Das gilt besonders für die sowjetischen Aktiengesellschaften, die zum großen Teil auf Grund wirklicher oder angeblicher früherer deutscher Guthaben in Osteuropa gegründet wurden. Sie lieferten den Vorwand für Rußlands Beherrschung der wichtigsten Industrien Osteuropas. Die Gesellschaften genießen Vorzugsbehandlung in bezug auf Preise und Steuern, Zuteilung von Arbeitskräften und Rohstoffen, Gewährung von ausländischen Zahlungsmitteln und Handelslizenzen. Im Grunde genießen sie seit Jahren exterritoriale Rechte. Ihre Produktion gilt als russische Ware, die, wenn sie ins Ausland geht, als russischer Export erscheint und damit zur Bildung russischer Kreditüberschüsse in Osteuropa beiträgt. In jüngster Zeit haben russische Reparationen aus Ostdeutschland angeblich aufgehört, und sowjetische Aktiengesellschaften sind an die Regierung der DDR übergeben worden, aber die Uraniumbergwerke der Wismuth AG. sind von dieser Regelung ausgenommen worden. Auch scheint die Frage etwaiger russischer Kompensationsansprüche noch ungeregt.

Mit der Zeit erwies sich Rußlands Kontrolle und direkte Beteiligung an der industriellen Produktion Osteuropas als fehl am Platze. Zum Zwecke ihrer Auswertung wurden daher andere Formen entwickelt, deren wirkungsvollste die Ausdehnung des Handels innerhalb des russischen Machtbereichs ist. In der ersten Phase russischer Durchdringung der Wirtschaft Osteuropas fiel es auf, daß die Planung den Außenhandel völlig ignorierte. Nach dem Bruch mit dem Westen vollzog sich hier aber ein vollkommener Wandel. In der zweiten Phase der osteuropäischen Planung war der Außenhandel auf der Dringlichkeitsliste an prominenter Stelle zu finden. Handelsabkommen, die häufig für die Laufzeit der nationalen Pläne abgeschlossen wurden, legten Umfang des zweiseitigen Geschäfts, Warengattungen und Lieferbedingungen fest. Einzelheiten über tatsächlich getätigte Geschäftsabschlüsse sind schwer zu beschaffen, da Handelsstatistiken nicht veröffentlicht werden. Sie gehören zu den sorgfältig gewährten Geheimnissen der sowjetisch kontrollierten Wirtschaft. Rußland ist sich durchaus dessen bewußt, daß es sich der Beschuldigung kolonialer Ausbeutung aussetzen würde, sollten Einzelheiten über seine Handelsusancen bekannt werden. Trotzdem sind in den letzten Jahren genügend Indizien über die russischen Handelsmethoden beigebracht worden. Die Prozesse gegen den früheren stellvertretenden bulgarischen Ministerpräsidenten Kostow und Mitglieder seines Kabinetts sowie gegen den früheren Generalsekretär der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei Slanski haben umfangreiches

Material ans Licht gebracht über den Druck, der auf leitende kommunistische Staatsmänner Osteuropas ausgeübt wird. Kostow war angeklagt worden, die kommerziellen und finanziellen Interessen seines Landes auf Kosten der Sowjetunion verteidigt zu haben. Slanski und die übrigen Angeklagten des tschechischen Prozesses wurden ähnlicher Vergehen für schuldig befunden. In der Anklage spielte die übermäßige Ausfuhr von Konsumgütern nach dem Westen und die übermäßige Einfuhr von Rohstoffen aus dem Westen eine entscheidende Rolle.

Während es genügend Beispiele für das Versagen der Gleichschaltung, wenn nicht gar für Fehlleitungen im Außenhandel gibt, so sind doch die Außenhandelsprogramme der Länder Osteuropas mit Hilfe der „Komekon“, des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, mit der von Moskau ausgehenden wirtschaftlichen Gesamtplanung in Einklang gebracht worden. Auf diese Weise ist die Integration des russischen Einflußgebiets, die Kontrolle der industriellen Tätigkeit der Länder Osteuropas und die Ausrichtung ihrer wirtschaftlichen Bemühungen auf die Interessen Rußlands in hohem Maße erreicht worden. Dabei hat die Abhängigkeit voneinander und die Unabhängigkeit von der übrigen Welt große Fortschritte gemacht. Während der Handel innerhalb des osteuropäischen Gebiets vor dem Kriege im besten Fall 10 % des Gesamtaußenhandelsumsatzes ausmachte, war er im Jahre 1949 bereits auf mehr als 50 % und im Jahre 1953 auf fast 75 % gestiegen. Soweit sich über die Handelsstruktur etwas aussagen läßt, hat der Sowjetunion in den letzten Jahren daran gelegen, Nahrungsmittel und Rohstoffe gegen Kapitalgüter einzutauschen, die von den Spezialindustrien Osteuropas hergestellt werden. Auf diese Weise hat sie die Industrialisierung Osteuropas unterstützt. Unter diesen Umständen kommt dem Ost-Westhandel im Rahmen osteuropäischer Wirtschaftsplanung nur mehr geringe Bedeutung zu. Infolge des besonderen Charakters der Industrialisierung in Osteuropa sind die Waren, die für westeuropäische Importeure von besonderem Interesse sind, von der Liste der für die Ausfuhr zur Verfügung stehenden Güter nahezu verschwunden. Die Volkswirtschaften des unter sowjetischer Kontrolle stehenden Gebiets sind heute enger miteinander verflochten und daher autarker als je zuvor. Trotz aller gegenteiligen Behauptungen sind die Aussichten für eine Umkehrung dieser Tendenz äußerst gering. Infolgedessen dürfte der Ost-Westhandel in Zukunft von mehr als untergeordneter Bedeutung sein, selbst dann, wenn die in jüngster Zeit vorgesehenen Änderungen in der Wirtschaftspolitik Osteuropas tatsächlich verwirklicht werden.

DER NEUE KURS

Einige Einzelheiten des neuen Wirtschaftskurses sind noch nicht deutlich erkennbar; es scheint aber klar zu sein, daß dem Notstand der letzten Jahre etwa auf dieselbe Weise begegnet worden ist, wie Lenin der Krise des Jahres 1921 entgegentrat: politische Unzufriedenheit soll mit Hilfe wirtschaftlicher Zugeständnisse unwirksam gemacht werden.

Die Fehler, die nach Meinung der kommunistischen Führung in Osteuropa begangen worden sind, werden hauptsächlich in der durch vorzeitige Industrialisierung, Kollektivierung und Sozialisierung verursachten Vernachlässigung des Lebensstandards der städtischen und ländlichen Bevölkerung gesucht. Die Zugeständnisse, die den unzufriedenen Verbrauchern gemacht wurden, waren auf Verlangsamung von Industrialisierung und Kollektivierung und auf Genehmigung der Berufsausübung seitens privater Kaufleute und Handwerker abgestellt. Nach den letzten Verlautbarungen, die im vergangenen Juni und Juli in Ostdeutschland und Ungarn gemacht worden waren, übernahm Rußland die Führung in der wirtschaftspolitischen Kursänderung. Während der im August vorigen Jahres abgehaltenen Sitzung des Obersten Sowjets gaben Ministerpräsident Malenkow und Finanzminister Zwerew Änderungen bekannt, die in die Tat umgesetzt wurden, als einige Wochen später der neu ernannte Erste Sekretär der Partei Khruschtschew und Handelsminister Mikojan die Lage in der Landwirtschaft und in der Verbrauchsgüterindustrie im einzelnen untersuchten und Gesetze einbrachten, die darauf abgestellt waren, ernste Versäumnisse der Vergangenheit abzustellen. Nachdem in Rumänien, Bulgarien und der Tschechoslowakei im August und September ähnliche Schritte unternommen worden waren, folgte schließlich mit der Bekanntgabe seines Regierungsprogramms im November vorigen Jahres als letzter der polnische Ministerpräsident Bierut. Trotz Gleichschaltung an höchster Stelle wurde nationalen Abweichungen, die durch örtliche Bedürfnisse bedingt waren, stattgegeben.

Obgleich zahlreiche statistische Angaben noch immer zurückgehalten werden und manche der veröffentlichten Daten irreführend sind, ist es doch möglich, das Ausmaß des eingetretenen Wandels ungefähr abzuschätzen. Wenn auch die meisten Angaben sich nicht über beabsichtigte Änderungen in der Grundstoffherzeugung äußern, zeigt doch das vorhandene Quellenmaterial, daß sie nur gering sein werden. Die wichtigsten Änderungen sind in der Erzeugung landwirtschaftlicher und industrieller Verbrauchsgüter vorgesehen, aber selbst auf diesen Gebieten wird in den meisten Fällen nicht mehr als die Erfüllung der ursprünglichen Pläne angestrebt. In Rumänien z. B., für das der Textilplan veröffentlicht worden ist, liegen die Planziffern für Baumwollerzeugnisse, die wichtigsten Produkte der Bekleidungsindustrie, unter denen des ursprünglichen Plans. Gleiches gilt für Wollstoffe und Schuhzeug. In ihrer ersten Fassung waren die europäischen Industriepäne völlig unerreichbar. In der Gewichtsverschiebung zeichnen sich die neuen Pläne im besten Falle durch ein größeres Maß von Realismus aus.

Obgleich einige der Änderungen noch nicht in allen Einzelheiten ausgearbeitet worden sind, steht schon annähernd fest, daß Kapitalinvestitionen und Verteidigungsausgaben keine nennenswerten Beschränkungen erfahren werden. Wenn auch mehr Investitionen in die Verbrauchsgüterindustrien vorgesehen sind, so bleiben sie doch hinter den in anderen Wirtschaftszweigen vorgenommenen Kapitalaufwendungen zurück. Von der Schwerindustrie wird erwartet, daß sie die Bedürfnisse der Verbraucher durch Mehrerzeugung von Haushaltsgegenständen befriedigt, zugleich aber die ursprünglichen Pläne für die Erzeugung schwerer Maschinen erfüllt. Die Gewichtsverlagerung in der industriellen Erzeugung soll vor allem durch erhöhte Wirtschaftlichkeit und Produktivität erreicht werden.

Preissenkungen 1953

(in %)

Position	Ost-deutschland ¹⁾	Tschechoslowakei	Polen	Ungarn	Rumänien	Bulgarien
Brot	—	—	7—12	12—14	—	13
Mehl	—	20	—	—	—	12—20
Kartoffeln	—	14 ²⁾	—	—	—	—
Zucker	—	14	13	5—10	—	—
Rindfleisch	10	—	—	—	—	10
Milch	20	—	—	—	—	6—8
Butter	—	—	—	—	—	5—11
Margarine,	—	—	—	—	—	—
Pflanzenfett	10—25	—	—	—	—	10—11
Eier	—	—	—	—	—	—
Bier	15	8—23	—	15—18	—	12
Zigaretten	13	11—25	—	—	—	—
Tabak	10 bis	zu 14	—	—	—	—
Baumwollwaren	20	5—25	—	20—25	—	15
Wollwaren	23	5—50	10	10—25	—	5—17
Seide u. Kunstseide	15	30—40	15—30	15	—	5—10
Schuhzeug	25	—	10	15—33	—	10
Strümpfe	10	5—48	13—30	10—30	—	5—10
Fahrräder	15	—	—	5—27	—	10
Kinderwagen	10	—	10	—	—	—
Uhren	20	—	—	—	—	12

¹⁾ Waren in HO.-Läden; ²⁾ Bis November.
Quellen: Offizielle Angaben.

Als Hauptnutznießer des in Aussicht genommenen Wandels der Wirtschaftspolitik gelten die Verbraucher in Stadt und Land, deren Realeinkommen und Lebenshaltung — nach traditionellem russischen Muster — hauptsächlich auf Grund von Preissenkungen erhöht werden sollen. Wenn es auch noch nicht möglich ist, das Ausmaß der Realeinkommenssteigerung genau zu schätzen, so dürften die durch Preissenkungen hervorgerufenen Einsparungen etwa in den Ausgaben eines Arbeiterhaushalts in den meisten Fällen kaum mehr als 5% betragen. Das gilt jedenfalls für die Kosten des „Warenkorbs“, in dem so wichtige Waren wie Fleisch, Milch und Fett meist so teuer geblieben sind, wie sie vor der Kursänderung in der Wirtschaftspolitik waren. Unter diesen Umständen zwingt die Untersuchung der wirtschaftlichen Lage zu der Schlußfolgerung, daß zu einer Zeit politischer Spannungen gewisse Konzessionen gemacht worden sind, um auf diese Weise ein Höchstmaß politischer Popularität gegen ein Minimum wirtschaftlicher Zugeständnisse einzutauschen. Solange die Lage im Flusse ist, wäre es falsch, allzu definitive Schlußfolgerungen aus den jüngsten Veränderungen ziehen zu wollen. Während aber die Möglichkeit weiterer wirtschaftlicher Wandlungen nicht ausgeschlossen werden kann, so lange die Auseinandersetzung um die Vorrangstellung im politischen Zentrum und an der Peripherie des so-

wjetischen Machtbereichs noch nicht ausgetragen ist, wäre es voreilig, auf Grund der zur Zeit gegebenen Tatbestände mit einer weiteren Entspannung der Lage zu rechnen. Die jüngste Ausgabe des europäischen Wirtschaftsberichts,²⁾ die der Öffentlichkeit während

²⁾ Economic Survey of Europe in 1953, Genf 1954.

der im März abgehaltenen Jahrestagung der ECE vorgelegt wurde, faßt die Lage in vorsichtigen Worten folgendermaßen zusammen: „Abgesehen vielleicht von Ostdeutschland gibt es kaum irgendwelche Anzeichen dafür, daß wirtschaftliche Reserven in nennenswertem Umfang umgeleitet worden sind.“

Die Wirtschaft der Republik Honduras

Helmuth Schmolck, Freiburg i. Br.

Die mittelamerikanische Republik Honduras — nicht zu verwechseln mit der von Guatemala abgetrennten britischen Kronkolonie „Britisch-Honduras“ — wird wegen ihrer zentralen Lage auf dem mittelamerikanischen Isthmus oft als das Herzstück Mittelamerikas bezeichnet. Ihre 1000 m über dem Meeresspiegel mitten im Gebirge gelegene Hauptstadt Tegucigalpa ist mehrmals als Sitz für die Regierung einer zukünftigen Organisation wie der Vereinigten Staaten von Mittelamerika oder einer zentral-amerikanischen Föderation in Aussicht genommen worden. Angrenzend im Norden an Guatemala, im Westen an Salvador, im Süden an Nicaragua und mit Küsten und Häfen an beiden Ozeanen, scheint Honduras ja auch ein Kernpunkt und ideales Verbindungsglied zu sein. Vorläufig steht dem jedoch noch der Mangel an guten Überlandverbindungen entgegen. Die von Nordwesten nach Südosten verlaufende Kordillere ist gerade in Honduras stark durch Querfaltungen unterbrochen, wodurch das Land zahlreiche ausweglose Mulden aufweist und stark gebrochen ist. Für einen intensiveren Verkehr mit den Nachbarn fehlen dem Land Eisenbahnen und gute Straßen. Die Isthmusbahn — Ferrocarril International de Centro America — erreicht nur Salvador. Mit Guatemala besteht eine Straßenverbindung nur auf dem Umweg über Salvador. Die Panamerikanische Autostraße und die Hauptfluglinie der Pan American Airways führen durch Salvador an Honduras vorbei. Das ca. 900 Meilen lange Schienennetz der Tela Railroad Co. erschließt nur das Bananenanbaugesbiet im Nordosten der Republik. Allerdings hat sich Honduras, hauptsächlich durch die TACA. und die TAN. (Transportes Aereos Centro-Americanos und Transportes Aereos Nacionales), aktiv in die mittelamerikanische Luftfahrt und über Kuba in das interamerikanische Flugnetz eingeschaltet.

Honduras wird oft als das zurückgebliebenste Land Mittelamerikas bezeichnet, was in vieler Hinsicht, auf Verkehr, Landwirtschaft, Handel und auch auf das kulturelle Leben zutreffen mag; gerade in diesen

Gebieten ist es jedoch bestrebt, mit schnellen Schritten aufzuholen. Andererseits hat das Land seit seiner Befriedung durch Tiburcio Carias Andino in einer langjährigen Periode inneren Friedens auf manchen Gebieten seine Nachbarn überflügelt und genießt gerade in politischer Hinsicht ihre Achtung als maßvoller und ausgleichender Mittler zwischen den Staaten Mittelamerikas.

So sind die Ansichten und auch die ersten Eindrücke im Lande selbst zwiespältig. Jedenfalls ist Honduras das Land Mittelamerikas, in dem die unterschiedlichsten Aspekte von der Kolonialzeit bis in die nationale Autonomie und die amerikanische Technisierung am krassesten nebeneinander stehen.

LANDWIRTSCHAFT UND VIEHZUCHT

Die Topographie des Landes — 115 000 qkm Zerrgebiet auf einer Bruchstelle der Landbrücke mit einem wirren Durcheinander von Berg und Tal, Hoch und Tief —, seine infolge des Raubbaus an den Wäldern fortschreitende Wasserarmut, seine zum großen Teil humusarmen Böden und seine geringe Besiedlung mit knapp 1,5 Mill. Einwohnern haben eine intensive Landwirtschaft, wie sie sich in Guatemala und Salvador entwickeln konnte, von jeher hintangehalten. Nur wo sich im Tiefland, hauptsächlich des Nordostens, oder in Tälern durch den Moder tropischer Vegetation oder das vom Gebirge abgetragene Erosionsgut ein reicherer Boden ansammelte, ist der Ackerbau möglich. Im allgemeinen sind wie in ganz Mittelamerika die drei Zonen Tiefland, Mittelgebirge und Hochland als verschiedene Wirtschaftsgebiete zu unterscheiden.

Im Tiefland bildet der Bananen- und neuerdings Olpalmenanbau der Tochtergesellschaft der United Fruit Co. den weitaus überragenden Produktionszweig. Daneben gedeihen Rohrzucker, Tabak, Baumwolle, Reis, Hülsen- und Hackfrüchte. Neuerdings werden auch Faserpflanzen angebaut. In halber Höhe liegen die Kaffeepflanzungen. Der Maisanbau erstreckt sich vom Tiefland bis auf die Mesetas des Hochlandes. Die



Hanseatischer Afrika Dienst

Gemeinschaftsdienst der Reedereien

H. M. GEHRCKENS HAMBURG · UNTERWESER REEDEREI BREMEN · FRANZ L. NIMTZ HAMBURG
Aktiengesellschaft

Regelmäßige Fracht- und Passage-Gelegenheit

VON HAMBURG / BREMEN NACH WESTAFRIKA